Landtag
Nordrhein-Westfalen
16. Wahlperiode

Ausschussprotokoll
APr 16/1372
01.07.2016

Ausschuss für Kommunalpolitik

128. Sitzung (öffentlich)

1. Juli 2016

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 12:00 Uhr

Vorsitz: Stefan Kämmerling (SPD)

Protokoll: Eva-Maria Bartylla

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung **5**

Der Ausschuss beschließt auf Antrag der Fraktion der CDU, zu Beginn der Tagesordnung eine Aktuelle Viertelstunde mit dem Thema „Alarmierende aktuelle Zahlen: Nordrhein-Westfalens Kommunen sind bundesweit Schlusslicht bei Infrastrukturausgaben und Spitzenreiter bei Kommunalsteuern – Wie will die Landesregierung die Abwärtsspirale durchbrechen?“ durchzuführen.

Der Ausschuss fasst den Beschluss, die Tagesordnungspunkte 2, 8 und 9 gemeinsam zu behandeln.

1 Aktuelle Viertelstunde **6**

Thema: **„Alarmierende aktuelle Zahlen: Nordrhein-Westfalens Kommunen sind bundesweit Schlusslicht bei Infrastrukturausgaben und Spitzenreiter bei Kommunalsteuern – Wie will die Landesregierung die Abwärtsspirale durchbrechen?“**

auf Antrag der Fraktion der CDU *(siehe Anlage zu TOP 1)*

– Stellungnahme von StS Bernhard Nebe (MIK)

2 Aufnahmesystem für Asylsuchende an Zugangssituation anpassen – Neuorganisation der Flüchtlingsaufnahme in Nordrhein-Westfalen notwendig 12

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/11897

– Gespräch mit Vertretern der kommunalen Spitzenverbände

In Verbindung mit:

8 Kosten für die Unterkunft für anerkannte Asylbewerber 12

Bericht der Landesregierung

Vorlagen 16/3980 und 16/4077

In Verbindung mit:

9 Sinkende Flüchtlingszahlen – unmittelbare und mittelbare Folgen der Planungen des Innenministeriums für die Kommunen in Nordrhein-Westfalen 12

Bericht der Landesregierung

Vorlage 16/4082

3 „Atomstiftung“ bedeutet finanzielles Risiko für die kommunalen RWE-Anteilseigner – Die Landesregierung muss Vorsorgemaßnahmen prüfen 26

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/8977

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Der Ausschuss gibt kein Votum ab.

4 Pluralität und Meinungsbildung der Elternverbände in der Schullandschaft respektieren – Partizipationsmöglichkeiten der Elternvertretungen vor Ort stärken 28

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/11418

Ausschussprotokoll 16/1320

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Der Ausschuss gibt kein Votum ab.

5 Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Förderung kommunaler Aufwendungen für die schulische Inklusion 29

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/12118

Stellungnahmen 16/4003, 16/4005, 16/4006

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Der Ausschuss stimmt dem Gesetzentwurf mit den Stimmen von SPD und Grünen gegen die Stimmen von CDU, FDP und Piraten zu.

6 Gesetz zum Schutz der Natur in Nordrhein-Westfalen und zur Änderung anderer Vorschriften (Landesnaturschutzgesetz – LNatSchG NRW) 31

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/11154 – Neudruck

Ausschussprotokoll 16/1306

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Der Ausschuss verständigt sich darauf, eine gemeinsame Beratung mit dem federführenden Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz am 7. September um 15:30 Uhr durchzuführen.

7 Entwurf einer Verordnung zur Änderung der Zuständigkeitsverordnung Arbeits- und technischer Gefahrenschutz 34

Vorlage 16/3952

Der Ausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

8 Verschiedenes 35

* * *

5 Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Förderung kommunaler Aufwendungen für die schulische Inklusion

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/12118

Stellungnahmen 16/4003, 16/4005, 16/4006

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Vorsitzender Stefan Kämmerling leitet die Beratung ein: Der Gesetzentwurf sei vom Plenum am 8. Juni 2016 zur Mitberatung unter anderem an den Ausschuss für Kommunalpolitik überwiesen worden.

Der Haushalts- und Finanzausschuss habe dem Gesetzentwurf gestern zugestimmt.

Die Federführung liege beim Ausschuss für Schule und Weiterbildung, der eine schriftliche Anhörung von Sachverständigen durchgeführt habe.

Da der federführende Ausschuss seine abschließende Beratung für den 6. Juli 2016 plane und die zweite Lesung des Gesetzesentwurfes für das Juli-Plenum vorgesehen sei, erwarte der Ausschuss für Schule und Weiterbildung das Votum dieses Ausschusses.

Christian Dahm (SPD) bittet um breite Zustimmung zum Gesetzentwurf im Interesse der entsprechenden Schulformen.

Ralf Nettelstroth (CDU) kündigt an, dass die CDU den Gesetzentwurf in dieser Sitzung ablehnen werde. Die CDU sei der Auffassung, dass zwar das Ansinnen richtig sei, die Inklusion auch in die Berufskollegs zu tragen. Allerdings geschehe dies wieder einmal mit völlig unzureichenden Mittelzuweisungen. Das erlebe man ja bei der Inklusion insgesamt. Dem wolle die CDU hier nicht den Weg bereiten. Wenn man Integration und Inklusion betreiben wolle, sollte man das auch mit den entsprechenden Mitteln machen.

Marc Olejak (PIRATEN) zitiert:

> „Darüber hat die Landesregierung den Landtag bereits in ihrem Evaluationsbericht zu dem Gesetz vom 20. Mai 2015 unterrichtet (Vorlage 16/2947). Sie hat darauf hingewiesen, bei einer vollständigen Berücksichtigung der Schülerzahlen der Berufskollegs und der gymnasialen Oberstufen von Gymnasien und Gesamtschulen werde der Pro-Kopf-Betrag (rechnerisch) von zuletzt 16,63 Euro auf dann 11,24 Euro sinken. Die Folge werde sein, dass die Höhe des Belastungsausgleichs für kreisfreie Städte und für Kreise steige.“

Ihn interessiere, was die Landesregierung diesbezüglich zu tun beabsichtige. Denn ansonsten könne er nur festhalten, dass die Festlegung des Inklusionsförderungsgesetzes nicht nachvollziehbar sei, sondern eher willkürlich erfolgt sei. Von daher könnten die Piraten den Gesetzentwurf nur ablehnen.

LMR Joachim Fehrmann (MSW) erläutert, durch die zu beschließende Gesetzesänderung finde nur eine ganz geringe Verschiebung der Mittel statt, sodass auch diese große Veränderung von 16,63 € auf 11,24 € in der Form nicht stimmen könne.

MR Ulrich Pfaff (MSW) ergänzt, die Zahl aus dem Bericht des Jahres 2015 – die Verringerung von 16,63 € auf 11,24 € – wäre dann relevant geworden, wenn die Schülerzahlen der Berufskollegs und der Sekundarstufe II in vollem Umfang berücksichtigt worden wären. Das Ergebnis der Abstimmung mit den kommunalen Spitzenverbänden sei aber ein anderes gewesen, nämlich dass für die Berufskollegs 1 Million € ausreiche. Die Folge sei, dass für die allgemeinen Schulen der Primarstufe und der Sekundarstufe I dieser rechnerische Betrag nicht von 16 auf 11 € sinke, sondern um ein Fünfundzwanzigstel aufgrund der Verringerung von 25 auf 24 Millionen. Insofern seien die Zahlen aus dem Vorjahr nicht mehr relevant und fänden sich in dem Gesetzentwurf nicht wieder.

Der **Ausschuss** stimmt dem Gesetzentwurf mit den Stimmen von SPD und Grünen gegen die Stimmen von CDU, FDP und Piraten zu.